

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 2 vom 6. Februar 2020, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Daniela Huber Notter

Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmänn, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneider, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler (ab 18.15 Uhr)

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Tanja Aebersold

Entschuldigt

Daniela Weber

Schluss der Sitzung

21.15 Uhr

Die Stadtratspräsidentin begrüsst zur ausserordentlichen Doppelsitzung, welche bis längstens 21.15 Uhr dauern wird.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

10. Fuss- und Veloverkehrsverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 250'000 Franken für Planung und Projektierung

Bericht des Gemeinderates Nr. 39/2019

Gemeinderat Konrad Hädener führt aus, dass der Gemeinderat diese Vorlage heute im Auftrag des Stadtrats vorlegt. Die Stadratsmitglieder konnten zur Kenntnis nehmen, dass die SBB seit wenigen Wochen am Bahnhof baut. Dieser Baubeginn erfolgte verzögert, weil die Rahmenplanung der SBB auch ihre eigenen Projekte aufgehalten hat. Die Probleme haben sich nun gelöst. Das Traktandum war bereits an der letzten Sitzung vorgesehen. Im Januar hat der Grosse Gemeinderat von Steffisburg ein Schwestergeschäft behandelt, nämlich eine Planungskreditvorlage für die Sanierung der Schwäbisstrasse in Steffisburg. Namentlich geht es um die Sanierung des unteren Teils von der Regiebrücke bis zum Kreisel Mittelstrasse und den Anschluss an den Veloweg Heimberg. Es wäre eine ideale Voraussetzung, wenn der Stadtrat heute auch ja zum vorliegenden Geschäft sagen würde. Gemeinsam könnten Thun und Steffisburg so die Planung jeweils auf ihrem Gemeindegebiet vorwärtstreiben. Die Herausforderung ist, dass in der letzten Etappe auf der anderen Seite der Aare ein Anschluss gefunden werden muss für diese Langsamverkehrsverbindung. Es wäre optimal, wenn man dies gemeinsam machen könnte.

Adrian Christen, **SAKO B+L**, sagt, dass der kleinere Teil dieses Betrags von 250'000 Franken benötigt wird für das bestehende Projekt Bahnhof Selve von 2016, welches den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen ist. Zusätzlich muss mit der SBB verhandelt werden. Der grösste Teil der Mittel wird für das Variantenstudium für das Vorprojekt des Abschnitts Selve-Schwäbis benötigt. Die grösste Herausforderung wird die Lösungsfindung mit der SBB sein, betreffend die Stellen, bei welchen enge Platzverhältnisse herrschen. Für den Abschnitt Selve-Schwäbis wird bis im Herbst 2020 ein Vorprojekt erstellt. Auf der Aareseite von Steffisburg wird die Planung selbstverständlich mit Steffisburg abgestimmt. Die SAKO stimmt dem Verpflichtungskredit mit zwei Enthaltungen einstimmig zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, erläutert, dass die SP-Fraktion begrüsst, dass es mit diesem Projekt endlich vorwärts geht. Sie ist auch etwas enttäuscht, dass es dafür Druck aus dem Stadtrat benötigt hat. Dass der Verpflichtungskredit von 3.5 Mio. Franken vier Jahre zurückliegt, ist aussergewöhnlich. Die Verzögerung führt zu Mehrkosten, weil das Projekt nun angepasst werden muss und sicher führt sie auch zu Wissensverlust. Die SP will nun sehen, dass es zügig vorwärts geht und dass der Gemeinderat wenn nötig bei der SBB höchstpersönlich Druck macht, wenn es zusätzliche Verzögerungen geben sollte. Beim Vorprojekt des Abschnitts Selve-Schwäbis möchte die SP-Fraktion darauf aufmerksam machen, dass die bestehende Regiebrücke als Verbindung für den Langsamverkehr nicht in Betracht kommt, weil sie zu schmal und für den Veloverkehr untauglich ist. Auch für Autofahrer ist es nicht praktisch, wenn es dort so eng ist. Es ist sinnvoll, wenn eine separate Brücke gesucht wird. Die SP-Fraktion unterstützt diesen Verpflichtungskredit einstimmig.

Markus van Wijk (FDP) teilt mit, dass die FDP überzeugt ist, dass mit einer guten Velo- und Fussgänger-Verbindung zwischen Bahnhof und Selve eine geschickte Verkehrsentsflechtung erwirkt werden kann. Die FDP ist erstaunt, dass immer wieder die SBB für einen Verhinderungsgrund hinhalten musste. Sie hat sich gefragt, welche Gespräche der Gemeinderat mit der SBB geführt hat. Die FDP findet es schade, dass nach der Finalisierung des Bauprojektes jetzt schon Anpassungen gemacht werden müssen. Die Strecke muss so attraktiv gestaltet werden, dass insbesondere die Velofahrer genau diese Verbindung wählen. Die Strecke Selve-Schwäbis wird planerisch die grösste Herausforderung sein. Fraglich ist, wie der ESP Bahnhof

integriert werden soll, da die finale Lösung dieses Jahrhundertprojekts noch nicht vorhanden ist. Hoffentlich wird der Ausbau des ESP Bahnhof nicht durch die neue Verbindung indiziert. Die FDP ist trotz der nicht beantworteten Fragen von diesem Projekt mehrheitlich überzeugt und stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet, dass es eigentlich gut wäre, wenn das Projekt schon hätte ausgeführt werden können. Wenn man auf dem Boden von jemand anderem plant, braucht es das Einverständnis des Grundeigentümers. Die SBB hat signalisiert, dass man mit ihnen sprechen kann und dass man das Projekt verwirklichen will. Aber sie müssen ihre Seite prüfen. Hoffentlich weiss nun die SBB, was sie will. Gemäss Gemeinderat Konrad Hädener wurde mit Steffisburg vereinbart, dass die Planung gleichzeitig erfolgt. So kann der Weg weitergeführt werden. Die Verbindung über die Uttigenstrasse nach Lerchenfeld muss nun angegangen werden und die Anschlüsse müssen auch dort gewährleistet werden. Die Fraktion EVP+EDU+CVP stimmt diesem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, erläutert, dass es an der Zeit ist, die Langsamverkehrsverbindung vom Bahnhof ins Schwäbis voranzutreiben. Verschiedene Hürden sind im Weg gestanden. Mit einem weiteren Anlauf soll die Umsetzung dieses Projekts näher rücken. Es wird begrüsst, wenn für den Abschnitt Bahnhof-Selve-Schwäbis ein bewilligungsfähiges Projekt aufgelegt wird. Die Kosten für die Planung und Projektierung betragen rund 250'000 Franken. Mit diesem Betrag kann hoffentlich eine gute Lösung für diese Lücke im Verkehrsnetz gefunden werden. Mit dem Vorprojekt kann anschliessend ein Bauprojekt ausgearbeitet werden. Es wird sich zeigen, welche Routenführung am Schluss ans Ziel führen wird. Die Fraktion glp/BDP sagt einstimmig ja zu diesem Verpflichtungskredit.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, freut sich, dass es nun mit dem Projekt voran geht. Die Fraktion schaut den Variantenstudien zur Linienführung gespannt entgegen und sie findet es gut, dass die frühere Planung nochmals überprüft und allenfalls angepasst wird, sodass das Projekt beispielsweise auch möglichst barrierefrei umgesetzt werden kann. Es ist begrüssenswert, wenn für den Fuss- und Veloverkehr sinnvolle und sichere Lösungen gefunden werden. Die Fraktion Grüne/JG stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu, in der Hoffnung, dass die Langsamverkehrsverbindung vom Bahnhof ins Schwäbis möglichst schnell umgesetzt wird.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, erörtert, dass die SVP-Fraktion den Bedarf für eine Langsamverkehrsanbindung erkennt. Sie sieht auch die Chance, dass damit die Regiebrücke entlastet und die Sicherheit erhöht werden kann. Diese ist eng und nicht praktisch zum Befahren. Dies nicht nur für Velofahrer, sondern auch für Autofahrer. Wenn die Fussgänger und Velofahrer umgeleitet werden könnten, würde dies vielleicht dereinst auch erlauben, das Trottoir zurückzubauen und die Strasse für den motorisierten Verkehr zu verbreitern. So kann dem Wohl aller Verkehrsteilnehmenden Rechnung getragen werden. Deshalb unterstützt die SVP grundsätzlich diese zusätzliche Langsamverkehrsanbindung. Fraglich ist aber, wo die zusätzliche Brücke entstehen soll. Die Standortevaluation muss ergebnisoffen erfolgen und es soll nicht schon zum Vorhinein feststehen, dass diese beim Wehr oder der Eisenbahnbrücke entstehen soll. Die Prüfung muss auf eine bedarfsgerechte Lage dieser Verbindung ausgerichtet sein, welche möglicherweise auch eine Separierung von Fussgänger und Velofahrern erfordert. Deshalb soll dies vom Gemeinderat heute nochmals erläutert werden, bevor die SVP-Fraktion vorbehaltlos mit ja abstimmen kann.

Gemeinderat Konrad Hädener führt aus, dass im Stadtratsbericht der Begriff Nutzwert erwähnt wird. Dieser Begriff gibt das Anliegen der SVP-Fraktion wieder. Es handelt sich um eine Variantenprüfung, aber auch im Licht des Nutzens. Der entsprechende Aufwand, welcher diese Varianten verursachen, wird abgewogen werden. Diese Nutzenanalyse fliesst mit ein in die Gesamtevaluation. Dass die neue Verkehrsanbindung ein Präjudiz für den ESP Bahnhof darstellen soll, kann ausgeschlossen werden. Der Gemeinderat fühlt sich geehrt, wenn ihm zugetraut wird, dass ein Auftritt eines Gemeinderatsmitglieds das Bild bei der SBB wesentlich ändern kann. Die Interessenlage der SBB aber auch diejenige der Stadt und die Gründe, weshalb die SBB auf die Bremse getreten ist, können nicht ganz ausgeblendet werden. Es geht um den

Korridor Bern-Lötschberg und die Leistungsfähigkeit dieses Korridors. Es war nicht der Moment, um übermässig Druck zu machen. Dort, wo es ansatzweise gemacht worden ist, war es kontraproduktiv. Man hat das nötige Augenmass walten lassen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Dezember 2019, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 250'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.064 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für die Planung und Projektierung der Fuss- und Veloverkehrsverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

11. Postulat P 12/2019 betreffend Prüfen von Rahmenbedingungen für die Nutzung und Weiterentwicklung der Schadaugärtnerei

Fraktion Grüne/JG und SP vom 6. Juni 2019: Beantwortung

Stadtpräsident Raphael Lanz ist sich bewusst, dass das ganze Gebiet in einem sensiblen Ortsschutzgebiet liegt, auch weil es in einem ISOS-Inventar ist. Selbst wenn ein Projekt aufgegleist werden sollte, wäre dies mit verschiedenen Herausforderungen verbunden. Eine Überbauung könnte nur gemacht werden, wenn ein Bau in dieses sensible Gebiet hineinpassen würde. Die Grundlagen schliessen dies aus. Es war gerade der Gemeinderat, der verhindert hat, dass diese Überbauung kommt. Der Gemeinderat hat das Gebiet dem Kanton abgekauft und er hat intern auch dem Planungsamt den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob und wie die Schadaugärtnerei in der Ortsplanungsrevision separat behandelt werden kann, so dass die Verknüpfung mit anderen Arealen nicht gemacht wird, welche andere Voraussetzungen haben. So könnte man spezifisch über dieses sensible Areal diskutieren. Man hat die Ausschreibung gemacht und bis Ende November 2019 sind fünf konkrete mittelfristig angelegte Projekte eingegangen, sowie vier weitere Projekte, die etwas kürzer dauern würden. Diese stammen aus den Bereichen Garten, Kultur, soziales Miteinander, Gastro und Sport. Dies ist eine ziemlich attraktive Mischung. Am 21. Januar hat ein gemeinsamer Infoanlass stattgefunden, bei dem sich 14 Interessierte in der Orangerie zusammengefunden haben. Im Rahmen dieses ersten Treffens konnte vereinbart werden, dass sämtliche Zwischennutzungen nebeneinander umgesetzt werden können. Bis Mitte Februar können die Interessierten die definitive Zusage oder Absage machen. Danach wird über die konkreten Schritte informiert. Der Stadtpräsident zählt die Veranstaltungen auf, welche stattfinden sollen. Er ist zuversichtlich, dass die Verschiedenartigkeit der Nutzungen bewerkstelligt werden kann. Dieses Jahr soll in der Schadaugärtnerei noch mehr Leben sein als in der Vergangenheit.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, erläutert, dass vor einem knapp Dreivierteljahr dieser Vorstoss eingereicht worden ist. Damals hatte man von aussen das Gefühl, dass Stillstand herrsche, was die Entwicklung der Schadaugärtnerei anbelangt. Seither ist viel gegangen. Mit der Ausschreibung im Oktober für die Zwischennutzung 2020 ist der Stein definitiv ins Rollen gekommen. Vor allem die verlangte Öffnung des Areals wird sehr begrüsst. Das Areal kann sich nur entwickeln, wenn es für die Bevölkerung offensteht, was aktuell nur begrenzt der Fall ist. In der Antwort des Gemeinderats wird von Wohnen ergänzt mit weiteren Nutzungen gesprochen. Wohnen stellt auf einem vielseitig bespielten Areal grosses Konfliktpotential dar. Die weitere Nutzung muss zuerst überprüft werden und dann muss evaluiert werden, ob Wohnen an diesem Ort überhaupt kompatibel ist. Gemäss Schlussbericht sind die Mietverträge im Jahr 2019 ausgelaufen. Fraglich ist, ob und wie lange diese verlängert worden sind. Solange diese Liegenschaft im

Finanzvermögen der Stadt Thun ist, muss sie eine Rendite abwerfen. Es wird gefordert, dass über diese Voraussetzungen offen kommuniziert wird. Die Frage nach den Rahmenbedingungen ist nicht zufriedenstellend beantwortet worden. In den Unterlagen zur Ausschreibung findet man zwar die eine oder andere Angabe zur Zwischennutzung. Nicht hervor geht aber die Haltung des Gemeinderats betreffend Mietzins. Es ist unklar, ob künftige Zwischennutzer Miete bezahlen müssen, wenn sie keine Dienste für die Öffentlichkeit anbieten, welche sich nicht an fixen Preisen orientieren wie beispielsweise eine Werkstatt. Auch hier ist der Fraktion bewusst, dass stadtintern diesbezüglich klare Vorstellungen herrschen und dass es Zeit braucht, gerade weil die Verantwortlichkeiten betreffend die Schadaugärtnerei erst seit letztem Sommer geklärt sind. Solange die Vorstellungen nicht öffentlich kommuniziert sind, ist das Thema noch nicht abgeschlossen. Die aktiven Gruppen vor Ort arbeiten eng zusammen. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit muss anerkannt werden. Mit der Infoveranstaltung im Januar ist ein weiterer erfreulicher Schritt in Richtung Partnerschaft zwischen der Zivilgesellschaft und der Stadtverwaltung gemacht worden. Die Fraktion erwartet nun von der Stadt, die Akteure zu befähigen die künftige Zusammenarbeit zu erarbeiten. Das Hauptanliegen war, dass etwas geschieht. Dies ist erfolgt und man wartet gespannt auf die weitere Entwicklung und hofft, dass eine Vision für nach der Zwischennutzung erarbeitet werden kann. Mit Engagement von allen Seiten kann hoffentlich aus der Schadaugärtnerei ein lebendiger öffentlicher Ort geschaffen werden. Die Fraktion der Grünen/JG nimmt das Postulat an und schreibt es aufgrund der offenen Fragen nicht ab.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, erläutert, dass die Schadaugärtnerei eine Perle und ein sehr sensibles Thema ist. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, was er gedenkt zu machen. Es ist vielleicht zögerlich, man weiss nicht, wohin man will. Dies ist aber auch nicht zwingend nötig. Es gibt genügend Gebiete, welche jetzt entwickelt werden und wo eine Verdichtung gemacht wird. Insofern ist es nicht zwingend nötig, dass man hier mit Entwickeln, Bebauen und Beplanen beginnt. Dies gilt umso mehr, weil die Ideen, was dort die definitive Nutzung sein könnte, noch weit auseinander liegen. Man kann sich Zeit lassen. Zwischenzeitlich wird es eine Koordination geben, damit es organisierter ablaufen kann, was befürwortet wird. Dies sollte möglichst kostendeckend passieren können. Ob dies aber immer möglich sein wird, ist fraglich. Wichtig ist zudem, dass ein möglichst breites Angebot zur Verfügung steht. Die Fraktion glp/BDP wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Markus van Wijk (FDP) führt aus, dass die FDP den Gedanken von diesen vier Stossrichtungen zu einer gesamtheitlichen Konzeption unterstützt, welche dann mittel- und langfristig umgesetzt werden muss. Für die FDP wäre es fatal und falsch, wenn die Schadaugärtnerei losgelöst vom Schaupark und der Entwicklung der ganzen Seestrasse und einer neuen Idee einer Aarequerung betrachtet werden würde. Auch von Resultaten einer relativ zielführenden Testplanung ist mit Bedacht vorzugehen. Hier dürfen keine Präjudizien geschaffen werden, welche eine gesamtheitliche und zukunftsweisende Betrachtung sicherstellt. Ob ein neuer Standort des Kunstmuseums wirklich der ultimative Lösungsansatz ist, muss hinterfragt werden. Der Abteilung Stadtmarketing kommt in Zukunft eine entscheidende Rolle zu. Die Schadaugärtnerei soll zu einem lebendigen Ort umgestaltet werden. Dies muss mit Augenmass, strategischer Gelassenheit und im Gesamtkontext der Umgebung erfolgen. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, dass die Fraktion das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben wird. Die Realisierung der Verbindung ist wichtig und zielführend. Es muss geprüft werden, wie die Aussenräume dieses Geländes umgesetzt werden können. Allenfalls dient bereits eine Feuerstelle, das Areal besser öffentlich zu machen. Die Sanierung des Wirtschaftshofs muss zeitnahe gemacht werden, da es sich um bestehende, geschützte Bauten handelt und dort Leute wohnen. Beim Umgang mit der Orangerie hat man etwas Zeit. Das Kunstmuseum dorthin zu verschieben, ist eine gute Idee. Gewünscht wird etwas mehr Tempo und Begeisterung. Denn rund um das Museum ist die Begeisterung vorhanden. Die Fraktion erhofft sich, dass die notwendige Sensibilität für dieses Gebiet erreicht werden kann.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, führt aus, dass sie sich freut, dass das Legislaturziel Nr. 8 umgesetzt werden soll. Es ist erfreulich, dass die Punkte in der Antwort des Postulats angegangen werden. Anzumerken ist, dass die SP eine öffentliche, kulturelle Nutzung gegenüber Wohnungen bevorzugt, da bei Wohnungen der Raum nicht mehr der Öffentlichkeit zugänglich wäre. Das Betriebs- und Organisationskonzept ist gut und es wird gehofft, dass auch die Umsetzung so gut funktioniert. Offenbar ist nun planmässig ein guter Start für die Zwischennutzung gelungen, wenn alle nebeneinander umgesetzt werden können. Die SP-Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es nicht ab.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, erläutert, dass die SVP-Fraktion das Postulat als geprüft erachtet und sie konnte sich vergewissern, dass die Zwischennutzungen gut aufgegleist sind. Auf Äusserungen zu den weiteren Planungen wird verzichtet. Die Visionen des Gemeinderats werden abgewartet. Die SVP-Fraktion wird das Postulat gemäss dem Antrag des Gemeinderates annehmen und abschreiben.

Stadtpräsident Raphael Lanz sieht es auch so, dass Konflikte entstehen können, wenn man von Wohnen und vielfältiger Nutzung spricht. Dies muss gut geprüft werden. Weil man niemanden ausschliessen will, ist es schwierig, wenn man die Höhe der Mietzinse bekannt gibt. Der Gemeinderat strebt eine Miete an, die nicht prohibitiv ist, aber auch nicht den Betreibenden einen Leistungsvertrag gibt, für welchen die Stadt Thun bezahlt. Verhandlungen werden geführt. Jenen, die etwas geplant haben, soll diese Durchführung grundsätzlich auch ermöglicht werden. Betreffend der Zögerlichkeit ist zu erwähnen, dass man immer das Gefühl hat, dass es schneller gehen könnte. Wenn man betrachtet, was alles gemacht werden muss, ging es seiner Meinung nach zügig voran. Im Geschäft Schadaugärtnerei ist nicht das Tempo das Wichtigste. Es ist ein sensibles Areal, bei dem man einen langfristigen Horizont haben muss. Durch die Zwischennutzung kann sich möglicherweise ein Konsens herausbilden, in welche Richtung es gehen soll. Es stecken viele Emotionen drin und ein Vorschlag muss gut sein sowie eine gewisse Breite haben, sonst hat dieser keine Chance auf eine Realisierung. Der Gemeinderat stellt den Antrag, das Postulat abzuschreiben. Der Gemeinderat bleibt daran, unabhängig davon, ob es abgeschrieben wird oder nicht.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt und mit 22 zu 17 Stimmen abgeschrieben.

12. Postulat P 16/2019 betreffend geschlechtergerechte Vertretung in gemeindenahen Unternehmen

Alice Kropf (SP), Michelle Marbach (Grüne), Daniela Huber Notter (BDP), Nicole Krenger (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019; Beantwortung

Alice Kropf (SP) führt aus, dass der Anteil von Frauen in Verwaltungsräten in den grössten Unternehmen schweizweit bei 22% liegt und in Geschäftsleitungen 9 % beträgt. Die Schweiz steht auch im europäischen Vergleich sehr schlecht da. Besser als in der Privatwirtschaft ist es im öffentlichen Sektor, wo 38 % der vakanten Spitzenpositionen mit Frauen besetzt sind. Der Schlüssel zu einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, was man in der Verwaltung schon lange erkannt hat. In Thun ist dies leider nicht so. Sonst hätte man in den gemeindenahen Betrieben, auf welche die Stadt Thun direkt Einfluss nehmen kann, ein anderes Bild. Verglichen mit den grössten Unternehmen der Schweiz steht die Stadt Thun noch einmal viel schlechter ein. Einzig positiv ist die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Energie Thun. Gemäss dem Gemeinderat sind bei Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräten einzig die geforderten fachlichen Qualifikationen entscheidend. Es ist aber gemäss Fachpersonen ein Mythos, dass es zu wenige qualifizierte Frauen gibt und diese keine Verantwortung übernehmen wollen. Man muss es mit den Kandidatinnen ernst nehmen. Mit dem Gefühl, nur eine Quotenfrau zu sein, zeigen Kandidatinnen im Bewerbungsprozess nicht das gleiche Engagement. Frauen müssen um 20 % besser qualifiziert sein als Männer, um als gleichwertig angesehen zu werden. Es ist wichtig, wenn sich die

Personalverantwortlichen Unterstützung holen, beispielsweise bei der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erläutert, dass die Fraktion hinter dem Anliegen steht und es wichtig findet, dass die Welt, die Wirtschaft und auch Thun von Frauen und Männern gemeinsam gestaltet wird. Auch aus unternehmerischer Sicht stellt es einen Gewinn dar. Alle sind gefragt, einen Beitrag zu leisten. Die Bildung, die Wirtschaft und Politik sind weiter gefordert, Stereotypen weiter zu durchbrechen. Es ist ein gesellschaftliches Entwicklungsfeld. Da der Gemeinderat in Thun betreffend geschlechtergerechte Vertretung durchaus Nachholbedarf hätte, wirkt sich dies auch auf die Gremien aus. Sicher ist es wichtig, dass man nicht darauf wartet, bis der Gemeinderat anders zusammengestellt ist, sondern die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter müssen bereits jetzt versuchen, Einfluss zu nehmen und bei freiwerdenden Positionen die Frauenanteile zu erhöhen. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die SVP-Fraktion dieses Postulat ablehnen wird. Frauen sollen auch in Führungspositionen Einsitz nehmen können, so viele Frauen wie möglich. Niemand will eine Quotenfrau sein. Der Grund für das Nein ist, dass mit einer Quote die Ursache für die fehlende Frauenvertretung in Führungsgremien nicht gelöst wird. In der Schweiz gibt es die gleichen Schul- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Jungen und Mädchen. Die Familiengründung ist der Hauptgrund für die tiefe Frauenbeteiligung in Führungspositionen. Die Verantwortung für die Kinderbetreuung liegt auch heute noch grösstenteils bei den Frauen. Dies hat zur Folge, dass viele Frauen Teilzeit arbeiten, oft in kleinsten Pensen. So hat man keine Chance für einen Aufstieg in der Karriere. Frauen können selbst viel dafür tun, dass wir mehr in Führungspositionen vertreten sind. Wenn man sich für Kinder entscheidet, sollte man immer ein Bein im Berufsleben behalten. Idealerweise wird man vom Partner unterstützt. Teilzeitstellen unter 50 % reduzieren Aufstiegsmöglichkeiten sehr. Wenn man Kinder hat und diese ein gewisses Alter erreichen, sollte man versuchen, das Pensum zu erhöhen. Frauen sollten sich trauen, sich auf Stellen zu bewerben, bei denen man Führungsverantwortung übernehmen muss und bei denen Entscheidungen getroffen werden müssen. Im Bewerbungsgespräch können Frauen mit einem gewissen Selbstvertrauen auftreten. Töchter sollten ermutigt werden, eigenes Geld zu verdienen. Frauen nehmen eure Zukunft in die eigene Hand. Als Appell für alle Unternehmen: schafft in Führungspositionen Teilzeitstellen zwischen 50 % und 70 %. So wird den Frauen mit Kinderbetreuung ermöglicht, sich zu bewerben und man erhält motivierte, fähige und loyale Mitarbeiterinnen, welche dem Betrieb lange erhalten bleiben. Quote nein, Eigenverantwortung ja.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass sie die Übersicht etwas nachdenklich gestimmt hat. Etwas betroffen ist sie ab dem Votum ihrer Vorrednerin. Gesetzliche starre Quoten sind in diesem Vorstoss nicht vorgesehen, sondern es handelt sich um einen Zielwert. Es erschliesst sich ihr nicht, wie man gegen dieses Anliegen sein kann. Die Fraktion glp/BDP begrüsst die Annahme. Verwaltungen und gemeindenahe Betriebe sollen Frauen einstellen. Es gibt genügend qualifizierte Frauen. Es ist genauso ein Appell an die Frauen - bewirbt euch.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, erläutert, dass bezüglich der fehlenden Frauen in Kaderpositionen genauer hätte nach Gründen gesucht werden können. Dass Kompetenz und Fachwissen ausschlaggebend sein sollen, bestreitet sicher kein Mensch. Die Argumentation, dass es solche Frauen nicht gäbe, welche für solche Stellen die nötigen Kompetenzen ausweisen, greift zu kurz. Es gibt sie schon. Die Begründung klingt gleich wie in der ihr bekannten Musikbranche. Der Weg zu solchen Positionen ist aus verschiedenen Gründen für Frauen immer noch steiniger. Wichtig ist hier sicher, dass junge Frauen auch bei der Berufswahl ermutigt werden, entsprechende Wege abseits von Geschlechterklischees einzuschlagen. Die Fraktion Grüne/JG nimmt das Postulat einstimmig an und begrüsst die Bereitschaft des Gemeinderates, diesen Antrag genau zu prüfen und wartet gespannt darauf, wie der Gemeinderat den Einfluss bei der Wahl von künftigen Verwaltungsratsmandaten geltend machen will.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) sagt, dass aufgrund des Frauenstreiks das Anliegen der Postulantinnen begreifbar ist. Erst recht, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass in den Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen der stadtnahen Betrieben teilweise 0 % Frauen vertreten sind. Die FDP teilt diese Ansicht aber nicht. Als weibliches Mitglied der FDP ist sie dagegen, dass man Frauen extrem fördern muss. Frau muss selbst wollen. Sie hatte eine Führungsposition und war in verschiedenen Arbeitsgruppen. Bei einer war das Thema, wie man Frauen fördern kann. Eine Frau muss aber auch wollen. Eine Frau, die gefördert werden will und Karriere machen will, die muss sich wehren. Es benötigt dazu keinen Massnahmenplan. Es klingt merkwürdig, wenn Frauen gegen solche Anliegen sind. Trotzdem lehnt die FDP dieses Postulat ab.

Alice Kropf (SP) fragt sich, ob die SVP und FDP den Antrag wirklich gelesen haben. Es wird darin keine starre Quote gefordert. Es ist gesagt worden, dass sich die Frauen mehr bemühen müssen. Die Gleichstellung ist aber kein Frauenthema, sondern ein Thema von allen. Alle profitieren von der Gleichstellung. Auch immer mehr Männer sehen ihre Rolle glücklicherweise mehr in der Familie. Dort fehlen auch Strukturen in unserer Gesellschaft, damit dies ermöglicht werden kann.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 27 zu 12 Stimmen als erheblich erklärt.

13. Postulat P 20/2019 betreffend Aufführen der Klimaauswirkungen bei Anträgen an den Stadtrat

Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, erklärt, dass es sich nicht um ein Bürokratiemonster handelt, das hier geschaffen werden soll. Die positiven oder negativen Auswirkungen sollen in den Vorlagen, welche vom Stadtrat und dem Gemeinderat kommen, qualitativ und nicht quantitativ dargelegt werden. Es sollen jeweils nicht wissenschaftliche Arbeiten geleistet werden müssen. Die Aussagen sollen aber zu einer besseren Entscheidungsgrundlage führen und es könnte in der Verwaltung dazu beitragen, dass vermehrt ein Bewusstsein für Klimaschutz geschaffen werden kann. Es ist eine pragmatische, unbürokratische Massnahme im Sinne des Gremiums, welche den Klimaschutz weiterbringen kann.

Hanspeter Aellig (FDP) ist der Meinung, dass Stadtrat Gugger alle Argumente aufgezählt hat, wieso man dieses Postulat ablehnen müsste. Es geht um eine grobe Einschätzung. An klaren Fakten ist es nicht zu messen. Im Grundsatz kann dem Anliegen etwas abgewonnen werden. So wie das Postulat vorliegt, ist es aber nicht umsetzbar. Die Begründung des Postulats erstaunt. Den Auswirkungen auf das Klima bei politischen Geschäften wird bereits jetzt Rechnung getragen. Auch die FDP erachtet die Prüfung von relevanten Geschäften auf Emissionen als sinnvoll. Doch ob bei jedem Geschäft eine Beurteilung der Auswirkung auf das Klima machbar ist, wird als nicht realistisch betrachtet. Es geht um die Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben und das Aufzeigen von Optimierungspotential. Die Prüfung auf das Klima ist unterstützungswert, jedoch ist es nicht machbar, alle Einflüsse auf das Klima frühzeitig zu erkennen. Der Ansatz, die Einflüsse quantitativ und nicht quantitativ zu untersuchen, gibt viel Spielraum, was zu Pflasterlipolitik führen kann. Im Zweifelsfalle wird dann ein Geschäft abgelehnt. Die Beurteilung der Auswirkung der Geschäfte auf das Klima muss auf wissenschaftlichen Fakten basieren. Für die FDP ist das Postulat eine Pflasterlipolitik, eine Gewissensberuhigung und greift zu kurz. Sie werden das Postulat nicht unterstützen.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass die Fraktion dem Antrag des Gemeinderates folgen wird und das Postulat annehmen wird. Weil die Antwort so kurz ausgefallen ist, hat sie dies etwas ratlos zurückgelassen. Der Gemeinderat will es prüfen. Es wäre aber nicht umständlich gewesen, bereits jetzt zu sagen, ob man dies ausführen will oder nicht. Interessieren würde, ob bei einem ja der Gemeinderat bei Geschäften, welche in seiner Kompetenz sind, gleich vorgehen wird. Es ist vertretbar, die Nachhaltigkeit auch hier etwas breiter zu fassen. Dies kann auch ökonomische, wirtschaftliche oder soziale Aspekte beinhalten. Kurze Ausführungen dazu reichen, damit auch die Milizparlamentarier Anhaltspunkte haben. Die Fraktion glp/BDP wird dem Postulat einstimmig zustimmen.

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass die SVP-Fraktion auf den Aktionsplan 2020 wartet, welchen der Gemeinderat vorstellen will. In diesem Postulat ist nur eines wichtig, nämlich welche Kosten diese Prüfung verursachen wird. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und nimmt das Postulat an.

Susanne Gyga, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erläutert, dass sie der Evaluierung der Klimaauswirkungen mit Interesse entgegensehen und sie unterstützen die Umsetzung des Postulats. Die Sensibilisierung in der Politik und der Öffentlichkeit ist nach wie vor wichtig, um dem Klimagedanken Rechnung zu tragen. Der Gedanke daran muss automatisiert werden. Pro und kontra der Auswirkungen auf das Klima sollten automatisch bei jeder Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Die Verwaltung und der Gemeinderat können mit einem guten Beispiel vorangehen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass sie das Postulat einstimmig unterstützen. Es ist sehr wichtig, dass diese Fragen geprüft werden, wenn Vorlagen vorgelegt werden. Der Stadtrat kann dem Gemeinderat die Arbeit erleichtern, wenn keine Vorlagen vorgelegt werden, die nicht klimaneutral sind.

Stadtpräsident Raphael Lanz teilt mit, dass die Antwort auf das Postulat absichtlich kurz ist. Der Gemeinderat hat sich Überlegungen betreffend die Auswirkung auf das Klima gemacht. Dies kann man unterschiedlich ausführen. Man wollte erfahren, was der Stadtrat darunter versteht. Er nimmt zur Kenntnis, dass nicht eine wissenschaftliche Abhandlung verlangt ist. Man wünscht sich ein pragmatisches Vorgehen. Erst mit der Überweisung hat der Gemeinderat das Postulat zu prüfen. Die heutige Debatte wird dem Gemeinderat helfen, die Prüfung vorzunehmen und das Postulat umzusetzen. Er dankt, wenn der Stadtrat dem Antrag des Gemeinderates folgt.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, möchte festhalten, dass sie sich nicht gegen eine quantitative Beurteilung stellen, wenn sich diese bei einigen Geschäften als sinnvoll erweist. Es soll aber kein Bürokratienmonster geschaffen werden.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 36 zu 3 Stimmen als erheblich erklärt.

14. Postulat P 14/2019 betreffend Umstellung auf klimaneutralen öffentlichen Verkehr

Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats beantragt wird. Falls der Stadtrat der Meinung ist, dass die Prüfung nicht vollständig erfolgt ist, interessiert es sie, wieso dies so ist und was noch gemacht werden müsste. Aus der Antwort ist der Unterschied zu anderen Transportunternehmungen ersichtlich, welches öffentlich-rechtliche Anstalten sind und nicht privatrechtliche Aktiengesellschaften. Für eine Stadt ergibt sich dabei ein anderer Handlungsspielraum und andere Kompetenzen. Die STI gedenkt bis 2021 zwei bis drei Elektrobusse zu beschaffen.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass mit einer gewissen Ernüchterung festgestellt worden ist, dass der Einfluss der Stadt Thun auf die STI eher gering ist. Es handelt sich um eine privatrechtlich organisierte AG, von welcher die Stadt Thun 13.2 % der Aktien besitzt und einen Sitz im Verwaltungsrat hat. Umweltfreundlicher ÖV ist ein wichtiges städtisches Anliegen, welches in Thun aktuell noch zu wenig berücksichtigt wird. Wenn so wichtige Anliegen zu wenig berücksichtigt werden, darf hinterfragt werden, ob eine privatrechtliche Organisation tatsächlich die beste Form ist. Gemäss der STI sollen bis 2021 zwei elektrische Busse angeschafft werden. Gleichzeitig müssen alle zwei Jahre 17 neue Busse angeschafft werden. Dies bedeutet, dass bis 2021 15 neue Dieselbusse angeschafft werden. Dies scheint stark zurückhaltend, da sich die STI nach eigenen Aussagen schon lange mit einem klimaneutralen ÖV befasst. Es handelt

sich bei der STI um einen Follower, nicht um einen First Mover. Man muss sich aber doch in einem gewissen Tempo bewegen, auch wenn man ein Follower sein will. Seit längerer Zeit sei die STI auf der Suche nach einem neuen Standort. Da dieser wohl auf Thuner Boden sein wird, hat Thun eine gewisse Einflussnahme, um Anliegen einzubringen. Auch mit nur 13.2 % Aktien hat man einen gewissen Einfluss. Es wäre auch möglich, sich mit anderen Aktionären zusammenzuschliessen. Zudem gibt es den Sitz im Verwaltungsrat, welcher auch dazu da ist, dass die städtischen Anliegen eingebracht werden können. Alle Fragen zum Postulat sind momentan beantwortet, weshalb sie es annehmen und abschreiben.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die Stadt Thun mit 13.2 % der Aktien an der STI keine Aktienmehrheit hat und damit keine Weisungsbefugnis. Sie ist aber im Verwaltungsrat vertreten und kann dort die Haltung des Gemeinderates einbringen, wobei der Spielraum aber beschränkt ist. Die Haltung des Gemeinderates ist grösstenteils klimaorientiert. Es gibt aber auch andere wichtige Facetten wie beispielsweise das Ökonomische. Die STI verfolgt die Zielsetzungen des Postulats längerfristig und nachhaltig. Die Herausforderungen bestehen bei der Infrastruktur und den Finanzen. Es müssen zuerst in diesen Punkten Lösungen gefunden werden. An ersten Ergebnissen sieht man, dass die STI ihrer Strategie folgt. Es liegt eine ausführliche Berichterstattung mit einer Stellungnahme der STI vor. Die SVP-Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sagt, dass die STI privatrechtlich organisiert ist. Der Kanton schreibt den Auftrag aus, prüft und betrachtet dies aus wirtschaftlicher Sicht. Die Stadt verursacht keine Mehrkosten. Zudem besteht im Strassen-ÖV kein Förderfonds, wie bei der Bahn. Der Bund plant eine befristete Anschubfinanzierung. Wenn diese umgesetzt wird, ist zu hoffen, dass die STI in den Stadtlöchern ist und diese frühzeitig beantragt. Es wird an die zuständige Direktion appelliert, mit der STI eine gute Lösung für die Zukunft zu suchen. Begrüsst wird die geplante Anschaffung von zwei bis drei Elektrobusen und es ist zu hoffen, dass es bald mehr werden für weniger CO₂ und weniger Lärm. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Hanspeter Aellig (FDP) findet, dass der Bericht des Gemeinderates klar und aufschlussreich erfolgt ist und damit die Prüfung zufriedenstellend ist. Es ist wünschenswert, dass das Ziel bald einmal erreicht wird, dass man klimaneutrale Busse hat. Bei der Infrastruktur und Technik bestehen Hausaufgaben, die erledigt werden müssen, und diese werden auch unterstützt werden. Es ist wichtig, dass einige Busse auf Euro-Norm 6 ausgetauscht werden. Die FDP wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die SP-Fraktion das Postulat annehmen und abschreiben wird. Die Beantwortung zeigt exemplarisch das Risiko auf, wenn man Teile des Service public privatisiert. Die Stadt Thun ist die vermutlich grösste Nutzerin des Angebotes der STI. Es wäre alles viel einfacher, wenn man einen städtischen Busbetrieb wie vor 30 Jahren hätte. Aus neoliberalen Gründen wurde damals die städtische SAT in die STI integriert. Die Folge davon sieht man nun. Man möchte eine innovativere STI, doch die Zügel wurden aus der Hand gegeben.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, findet, dass der öffentliche Verkehr auch seinen Beitrag an den Klimaschutz leisten müsste. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat die Umstellung auf Elektromobilität bei der STI unterstützt. Jedoch ist fraglich, wie diese Einflussnahme umgesetzt werden kann. Es ist verständlich, dass die Umsetzung für die STI mit Schwierigkeiten verbunden ist. Der Bericht der STI ist nicht zufriedenstellend. Für die inhaltlich gelieferten Facts ist man dankbar. Wünschenswert wäre aber, wenn die STI Lösungen zu den Schwierigkeiten aufgeführt hätte. Enttäuschend ist, dass nur zwei bis drei Elektrobusse in den nächsten zwei Jahren angeschafft werden. Bei der Umsetzung eines so grossen Projekts bedarf es des unternehmerischen Willens, des Zeitfaktors und eines starken politischen Zeichens. Der unternehmerische Wille der STI ist aus dem Bericht nicht ersichtlich. Der Zeitfaktor liegt vor. Die Urheberschaft hat nicht verlangt, dass das Anliegen des Postulats in einer bestimmten Frist umgesetzt werden muss. Für den politischen Willen wäre wünschenswert, wenn heute einstimmig ja gesagt wird. Der Gemeinderat soll seine 13.2 % der Aktien in diesem Sinne einbringen. Ursprünglich war die Fraktion der Meinung, dass das

Postulat angenommen, aber nicht abgeschrieben werden soll. Nach dem Verlauf der Diskussion soll das Postulat aber abgeschrieben werden.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

15. Postulat P 17/2019 betreffend Schaffung einer Fachstelle für Gleichstellung und Diversity Management

Alice Kropf (SP), Michelle Marbach (Grüne) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2019; Beantwortung

Alice Kropf (SP) erläutert, dass die zuständige Direktion die Wichtigkeit von Gleichstellung und Diversity Management erkannt hat. In der Leitung des Personalamts ist viel Know-how vorhanden. Deshalb ist es realistisch, dass die Aspekte der Gleichstellung und des Diversity Managements vermehrt zu tragen kommen auch ohne die Schaffung einer Fachstelle. Den ersten Punkt des Postulats wird sie annehmen und abschreiben. Beim Punkt zwei besteht noch grosser Handlungsbedarf. Positiv ist zu erwähnen, dass Erfahrungsjahre der Haus-, Erziehung- und Betreuungsarbeit an den Eintrittslohn angerechnet werden. Die Möglichkeit zum Job Sharing steckt besonders in Kaderpositionen noch in Kinderschuhen. In Kaderpositionen sind Frauen weiterhin untervertreten. Den Frauenanteil jährlich auszuwerten und keine Massnahmen daraus zu entwickeln, reicht nicht aus. Auch sind zehn Tage Vaterschaftsurlaub nicht fortschrittlich. Das interne Aus- und Weiterbildungsangebot ist sehr kümmerlich. In der Vergangenheit ist vieles vernachlässigt worden. Mit einem ausgearbeiteten Diversity Management wäre der Fehler bei der Stellenausschreibung in der Schule Göttibach womöglich nicht passiert. Jede Stellenausschreibung muss vom Personalamt überprüft werden. Gerade in den Bereichen Informatik und Ingenieurwesen müsste das Diversity Management das Arbeitsumfeld und die Arbeitsbedingungen für Frauen attraktiver machen. In den Antworten des Gemeinderats zu den Postulaten soll besser auf die gendergerechte Sprache geachtet werden. Auch einige Stadträtinnen und Stadträte hätten Handlungsbedarf bei der Sprache. Beim Punkt zwei plädiert sie für die Annahme aber nicht für die Abschreibung auch im Hinblick der Stärkung der Absichtserklärung der Leiterin des Personalamts. Gespannt wird verfolgt, was im nächsten Jahr im Bereich Diversity Management umgesetzt werden wird. Sie beantragt eine separate Abstimmung für diese beiden Punkte.

Michelle Marbach, Fraktion Grüne/JG, erläutert, dass Gleichstellung und Chancengleichheit im Umgang mit der Diversität zu gewährleisten sind. Die Schaffung einer Fachstelle ist nach dem Lesen der Antwort des Gemeinderates wohl gar nicht so zentral, sondern vielmehr, was in der Verwaltung gelebt wird. Die zuständige Direktion nimmt die Anliegen ernst und es ist viel Fachwissen vorhanden. Die Forderung nach der Schaffung einer Fachstelle ist somit beantwortet, auch im Hinblick darauf, dass es schwierig ist, neue Fachstellen zu schaffen. Trotzdem kann und muss noch viel gemacht werden. Es sind einige Massnahmen aufgelistet in der Antwort des Gemeinderates, jedoch fehlen die Zahlen und Fakten zu den Auswirkungen. Eine Möglichkeit wäre das Diversity-Benchmarking, in welchem ersichtlich wird, wo die Schwachstellen sind und so könnten diese direkt angegangen werden. Verbessert werden muss auch die Barrierefreiheit der Arbeitsplätze. Die Barrierefreiheit bezieht sich nicht nur auf die physische Infrastruktur, sondern muss auch beim Internetauftritt der Stadt und bei der Digitalisierung mitbeachtet werden. Diversity Management bedeutet Teilhabe und Anerkennung unabhängig von Lebensläufen, Herkunft, Geschlechteridentität, Weltanschauung, soziale Stellung oder Behinderung. Es geht bei weitem nicht um eine Genderdiskussion, sondern darum, das Potential in der Vielfalt von allen zu erkennen. Persönlich wird sie den Punkt zwei des Postulats annehmen, aber nicht abschreiben, um die Bestrebungen und Bemühungen des Personalamts und der Direktion FiRU zu bekräftigen. Die Fraktion Grüne/JG nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt Punkt eins ab und betreffend Punkt zwei gibt es Stimmfreigabe.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, sagt, dass die Gleichstellung für alle da ist. Es freut ihn, dass er als junger weisser Mann sprechen darf. Gleichstellung wird von allen befürwortet. Jedoch ist man sich nicht einig, was Gleichstellung bedeutet. Ist Gleichstellung gegeben wenn gleiche Voraussetzungen und gleiche Chancen vorliegen? Oder muss Gleichstellung dahingehend verstanden werden, dass man mit Quoten oder Überregulierung alles vorschreibt? Eine Sensibilisierung und gewisse verhältnismässige Massnahmen sind durchaus sinnvoll und wichtig. Unverhältnismässige Gleichmacherei mit Quoten ist aber Unsinn. Bei jeder Massnahme sollte man darauf achten, dass auch keine positiven Diskriminierungen entstehen. Diejenige oder derjenige mit den besten Fähigkeiten sollte unabhängig von Hautfarbe oder Religion eingestellt werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist allen ein Anliegen. Man muss vorsichtig sein, mit welchen Statistiken argumentiert wird. Es ist äusserst wichtig, dass im Bereich der Lohngleichheit die Stadt als Vorbild vorausgeht, was sie auch macht. Der Auftrag, den die Stadt Thun hat, kann auch ohne zusätzliche Stellen erfüllt werden. Eine zusätzliche Aufbauschung des Verwaltungsapparats ist nicht wünschenswert, das kann sich die Stadt nicht leisten und es muss verhindert werden. Ziel muss es sein, dass die besten Leute für Thun gefunden werden können unabhängig von irrelevanten Merkmalen. Gewisse Massnahmen sind dafür in einigen Bereichen notwendig. Mit starren Regulierungen und sehr langen Strategien erreicht man nichts ausser Druck auf den Steuerzahler. Aufgrund der Relevanz dieses Themas und der fortschrittlichen Betätigungen der Stadt wird der Antrag des Gemeinderates auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats von der SVP-Fraktion unterstützt. Einer Teilabschreibung wird nicht zugestimmt.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, ist überrascht, dass das Wort Sensibilität noch von niemandem verwendet worden ist. Es ist ein hoch sensibles Thema. Die Frage des Diskriminierungsschutzes ist etwas ganz Wichtiges. Diese Sensibilität ist bei vielen Menschen bereits vorhanden. Am Beispiel der Schule Göttibach sieht man aber, dass dies noch nicht immer einwandfrei funktioniert. In der Stadt will man sich dem annehmen. Fraglich ist, ob die Göttibach-Geschichte hätte verhindert werden können. Mit einer Fachstelle hätte man dies nicht geschafft. Diese Fachstelle braucht es nicht. Es braucht einen latenten Prozess, indem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sensibilisiert werden auf solche Fragen und sich diese damit auseinandersetzen. Die Problematik liegt darin, dass das Bewusstsein für eine solche Situation geschärft, aber nicht befohlen werden kann. Dies ist mehr Arbeit, als man denkt. Die Fraktion unterstützt den Antrag und ist so flexibel, dass auf die Abschreibung des zweiten Punkts auch verzichtet wird.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt mit, dass die Fraktion die bereits ergriffenen Massnahmen anerkennt, welche sich durchaus sehen lassen können. Dass die Vielfalt der Bevölkerung bei den Mitarbeitern abgebildet wird, verstärkt das Verständnis der Kundschaft und deren Bedürfnisse und ist ein zentraler Punkt im Dienstleistungssektor. Um die Gleichstellung und auch die Ausgewogenheit in der Verwaltung zu realisieren, darf das Augenmerk durchaus auch auf genügende männliche Angestellte gelegt werden. Es wird begrüsst, wenn Menschen mit Beeinträchtigung vermehrt in diese Thematik einbezogen werden können. Auch IV-Bezüger sind darauf angewiesen, neben ihrer Rente Teilzeit arbeiten zu können. Widerkehrende Arbeiten, welche bei der Digitalisierung anfallen könnten, würden sich dafür aufdrängen. Das Anliegen kann ohne neue Fachstelle und mit den bestehenden Ressourcen weiterverfolgt werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) kommt es seit einem halben Jahr so vor, als hätte man in Thun keine anderen Probleme als die Gleichberechtigung und der Umweltschutz. Es gäbe andere wichtige Themen. Der Gemeinderat nimmt die geforderte Verantwortung wahr. Es braucht keine zusätzliche Fachstelle für 500 bis 600 Mitarbeitende. Die Verhältnismässigkeit stimmt nicht. Mit Freude wird zur Kenntnis genommen, dass sensibilisiert wird und gewisse Punkte vertieft angeschaut werden. Der obersten Personalchefin wird vertraut, dass sie darauf ganz speziell ein Auge darauf hat. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Gemeinderätin Andrea de Meuron erläutert, dass es dem Gemeinderat wichtig ist, die Vielfalt zu schätzen. Gleichstellung und Diversity Management darf aber nicht isoliert betrachtet werden. Es ist ein Thema von umfassender Personalpolitik. Die geplanten Massnahmen entsprechen der Grösse und Finanzkraft

von Thun. Es sollen jetzt diese Themen angegangen werden, die vordringlich sind. Die Mitarbeiterbefragungen sollen erneuert werden. So kann evaluiert werden, wie es den Mitarbeitenden geht. Dies ist auch eine Frage der Unternehmenskultur, welche im Moment Priorität hat. Geplant sind auch Schulungen für die Mitarbeitenden, welche mit der Öffentlichkeit zu tun haben. Dies sensibilisiert ebenfalls. Auch der Einführungstag für neue Mitarbeitende soll neu konzeptioniert werden. Die Anliegen in Ziffer zwei können auch im Rahmen dieser Arbeiten angegangen werden. Es muss aber eines nach dem anderen gemacht werden. Andere Aufgaben sind aus Sicht des Gemeinderates nun prioritär, wie auch die Überprüfung der Lohngleichheit. Es muss geprüft werden, ob man weiterhin gut dasteht. Das Personal wird bei der Rekrutierung von Mitarbeitenden unterstützt vom Leiter der Fachstelle Familie. Es ist bereits eine Führungsposition mit einer Frau besetzt worden, die 80 % arbeitet. Sensibilisierung ist ein wichtiges Wort und die Stadt Thun ist sensibilisiert und es wird weiter daran gearbeitet. Der Gemeinderat dankt dem Stadtrat für das entgegengebrachte Vertrauen.

Alice Kropf (SP) führt aus, dass der Antrag auf Nichtabschreiben alles andere als ein Misstrauensvotum ist. Sie ist einzig gespannt auf einen Bericht darüber im Jahresbericht, um zu sehen, wo Verbesserungen erzielt werden konnten und wo es nochmals etwas Druck vom Stadtrat braucht. Es werden im Postulat keine starren Quoten oder Regulierungen beantragt. Diversity Management ist eine Strategie aus der Privatwirtschaft, welche zu mehr Erfolg und Effizienz führen soll.

Stadtratsbeschluss

Ziffer 1 des Postulats wird einstimmig als erheblich erklärt und einstimmig abgeschrieben.

Ziffer 2 des Postulats wird mit 38 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich erklärt und mit 22 zu 17 Stimmen nicht abgeschrieben.

Sitzungsunterbruch (25 Minuten)

16. Postulat P 21/2019 betreffend klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung

Fraktion Grüne/JG vom 22. August 2019; Beantwortung

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, erläutert als Vorbemerkung, dass dieser Vorstoss nicht als generelle Kritik an den Pensionskassen oder an den Leuten, die dort arbeiten, zu verstehen ist. Das nachstehende Votum bezieht sich auf die Klimaverträglichkeit dieser Gelder. Rund 350 Mio. Franken Pensionskassengelder werden in der Kasse verwaltet. Dies entspricht dem Budget der Stadt Thun. Wer Geld hat, soll damit verantwortungsvoll umgehen und sich den Konsequenzen seines Geldes bewusst sein. Es ist möglich, eine hohe Rendite zu erzielen und auf das Klima Rücksicht zu nehmen. Strategien und Hilfsmittel dafür gibt es genügend. Auch wenn man den Klimaschutz ausblendet und den Fokus einzig auf ein stabiles Risikomanagement richtet, ist es geboten, aus fossilen Beteiligungen auszusteigen. Mit den Entwicklungen der Welt nimmt das Risiko des Platzens der Carbon bubble stetig zu. Hinzu kommt der sehr wichtige ethische Aspekt. Die Pensionskassengelder sind für die Zukunft der Versicherten angelegt. Es ist fragwürdig, wenn nicht zynisch, wenn mit Geldern für die Zukunft die Zukunft abgeschafft oder verunmöglicht wird. Die Auswirkungen der Pensionskassengelder auf das Klima sind nicht bekannt. Der Vorstoss soll Licht in dieses Dunkel bringen. Die Fraktion Grüne/JG ist für die Annahme und gegen die Abschreibung.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, erörtert, dass der Stadtrat prüfen muss, was in Thun gemacht werden kann. Mit Wertpapieren kann man grundsätzlich Einfluss nehmen. Die Aktiven der Stadt Thun bestehen nur zu einem kleinen Teil aus Finanzanlagen. Dies sind flüssige Mittel und die Beteiligung an der Energie Thun AG. Hauptsächlich besteht das Vermögen der Stadt Thun aus Sachanlagen, Grundstücken, Gebäuden, Finanzvermögen und Verwaltungsvermögen. Dort hat die Stadt einen Einfluss. Es müssen nachhaltige Bau- und Sanierungsmechanismen angewendet werden. So kann mit dem grössten Teil des Vermögens in Thun nachhaltig klimaneutral vorgegangen werden. Bei der städtischen Pensionskasse ist dies nicht möglich, weil es sich um eine öffentlich-rechtliche Anstalt handelt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Oberstes

Organ ist die Pensionskassenkommission. Dort hat der Gemeinderat keine direkte Weisungs- und Prüfungsbefugnisse. Der Stadtrat wählt vier von acht Mitgliedern dieser Kommission und hat neben dieser Wahl keine anderen Einflussmöglichkeiten. Dies heisst nicht, dass man nichts machen muss, aber es passiert auf anderer Stufe. Die Prüfung des Anliegens wird als erbracht betrachtet. In Anbetracht der Ernsthaftigkeit würde die SVP-Fraktion das Postulat annehmen, wenn es abgeschrieben werden würde. Da es nicht abgeschrieben werden wird, muss es die SVP-Fraktion aber ablehnen.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sagt, dass die Pensionskassengelder nicht Vermögen der Stadt Thun darstellen, sondern Vermögen der Versicherung. Klimaverträgliche Investitionen werden bei der Versicherung sicherlich auch ein Thema sein. Klimaverträglich sind Investitionen, wenn sie mit dem international vereinbarten Klimaziel, die globale Erwärmung deutlich unter zwei Grad Celsius zu halten, übereinstimmen. Dies hat der Ständerat auch ins noch nicht verabschiedete CO₂-Gesetz aufgenommen. Die Umsetzung dieses Ziels soll vorläufig auf die freiwillige Umsetzung in der Finanzbranche beschränkt werden. Die Auswirkungen auf das Klima werden vom Bundesrat periodisch überprüft. Mit der Analyse der Pensionskassengelder hat man nun einen direkten Vergleich, wie sich dies verändert hat. An der Werbung der Finanzinstitute ist zu erkennen, dass alle auf Klimaverträglichkeit setzen. Die Wirtschaft leistet einen erfreulichen Beitrag an die nachhaltige Entwicklung im Finanzsektor. Die Fraktion wird dem Postulat zustimmen und es abschreiben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, erläutert, dass es wichtig ist, dass die Stadt Handlungsspielraum hat und bewahrt, damit direkt etwas bewirkt werden kann. Zweiter Wirkungskreis ist, was mit dem Geld geschieht, das man anlegt, wenn man überhaupt Geld hat. Dies ist in erster Linie bei der Pensionskasse der Stadt der Fall. Bei verschiedensten Pensionskassen sind erfreuliche Bestrebungen im Gange, um den ethischen Kriterien besser zu entsprechen. Die Klimaverträglichkeit ist neben Fairness und Umweltschutzbestimmungen dazu gekommen. Die SP-Fraktion ist mit dem Postulat absolut einverstanden und erachtet die Überwachung der Geldanlagen als Dauerauftrag der städtischen Finanzverwaltung und der städtischen Pensionskasse. Die SP-Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, führt aus, dass die Stadt Thun keine grossen Vermögen hat, die sie in Wertpapieren anlegt. Die wirklich grossen flüssigen Mittel der Stadt werden für die laufenden Rechnungen wie Personalkosten und baulichen Unterhalt benötigt. Dort wo es möglich ist und man es beeinflussen kann, ist es unterstützungswert. Die Aufgaben, welche die Pensionskasse zu erfüllen hat, sind etwas anderes. Die Pensionskasse hat auch viele Auflagen auf Bundesebene, welche sie regeln muss. Die Fraktion glp/BDP wird das Postulat annehmen und mehrheitlich abschreiben.

Gemeinderätin Andrea de Meuron sagt, dass die Stadt Thun die liquiden Mittel hat, um die Löhne zu bezahlen. In den Zeiten von Negativzinsen schaut man, dass sich die Vermögen nicht äufnen, sofern es überhaupt möglich wäre. Wenn dies in Form von Liegenschaften geschieht, wird nach den neusten, vorbildlichen Kriterien geplant. Die Pensionskassengelder sind nicht die Gelder der Stadt, sondern die Gelder der Versicherten. Der Gemeinderat hat dort kein Weisungsrecht. Der Stadtrat hat vier von diesen acht Mitgliedern der Pensionskassenkommission gewählt. In der Pensionskassenkommission werden Strategien aktuell grundsätzlich überprüft. In der Geschäftsleitung der Pensionskasse ist eine Veränderung absehbar und die Organisation wird überprüft. Wenn dieser Strategieprozess abgeschlossen ist und man weiss, wie weiter vorgegangen werden soll, kommt der Moment, indem man die Anlagestrategie behandelt. Man wird schauen, wo die Gelder der Versicherten angelegt sind und es wird sicher überprüft werden, dass diese Gelder nachhaltig angelegt werden. Dies ist aber nicht in der Kompetenz des Gemeinderats, sondern der Pensionskassenkommission, welche das strategische Organ ist. Es ist tatsächlich eine Daueraufgabe. Wenn es eine Daueraufgabe ist, kann es nie abgeschrieben werden. Es ist unklar, wann die Aufgabe als erfüllt betrachtet werden könnte. Der Gemeinderat empfiehlt deshalb die Abschreibung.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 30 zu 9 Stimmen als erheblich erklärt und mit 20 zu 19 Stimmen nicht abgeschrieben.

17. Postulat P 22/2019 betreffend neues Finanzierungsmodell zur Beschleunigung von Gebäudesanierungen nach dem Vorschlag von swisscleantech

Fraktion Grüne/JG vom 22. August 2019; Beantwortung

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass die CO₂-Reduktion im Gebäudebereich ein wichtiges Thema ist. Das neue CO₂-Gesetz auf Bundesebene enthält neu Grenzwerte für Gebäude. Da ohne Sanierungen der Gebäudehüllen nicht alle herkömmlichen Heizungen mit erneuerbaren Heizungen ersetzt werden können und man auch nicht will, dass der Winterstrombedarf ansteigt, spielen Sanierungen eine sehr wichtige Rolle. Diese bedingen Investitionen über Jahrzehnte. Interessant wären Sanierungen ohne Anfangsinvestition. Das Ziel ist, Investitionen an Gebäude und nicht an Personen zu binden. So könnten diese beim Verkauf des Gebäudes an den Käufer übergehen. Die Rolle der öffentlichen Hand muss geklärt werden. Die Fraktion Grüne/JG nimmt das Postulat an.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist der Meinung, dass die Anliegen des Vorstosses der Stadt als Liegenschaftsbesitzerin keine Vorteile bringen. Das geforderte Vorgehen drängt sich deshalb nicht auf. Am ehesten entspricht der Energieförderfonds diesen Forderungen, welcher einen direkten und wirkungsvollen Beitrag darstellt, damit Gebäudesanierungen vermehrt realisiert werden können. Das Postulat wird in diesem Sinne angenommen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, sagt, dass aus der Antwort des Gemeinderates gut ersichtlich ist, für welche Interessengruppen das Finanzierungsmodell angedacht ist. Angesprochen werden primär private Gebäudeeigentümer, weshalb dieser Vorstoss nicht gross gewinnbringend ist. Die Stadt Thun kennt keine Objektfinanzierung. Im Rahmen der städtischen Energiepolitik ist mit dem Förderfonds Energie ein Instrument angedacht, dass dem formulierten Antrag entsprechen soll. Für die SVP wird von entscheidender Wichtigkeit sein, wie ein solcher Fonds geäufnet werden soll und nach welchen Kriterien eine zielgerichtete Ausschüttung erfolgen soll. Die Ausschüttung soll gewerbefreundlich erfolgen. Die SVP-Fraktion wird das Postulat annehmen und widersetzt sich einer allfälligen Abschreibung nicht.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, sagt, dass mit zielgerichteter energetischer Gebäudesanierung viel Energie eingespart werden kann. Die Dämmung eines Gebäudes ist zentral und wichtig, wenn die Energieziele erreicht werden sollen. Ein solches Finanzierungsmodell ist interessant, weil es oft an den finanziellen Möglichkeiten der Bauherrschaft fehlt, um eine solche energetische Sanierung umzusetzen. Das Geld, das für so etwas eingesetzt werden soll, muss vom richtigen Ort entnommen werden. Denkbar wäre das Modell von Zürich mit Green Bonds. Es ist ihm wichtig, dass der Stadtrat dabei mitreden kann. Der Start soll anfangs 2021 erfolgen. Das Wärmenetz ist wichtig, damit auch die Privaten die Möglichkeit haben, erneuerbar zu heizen. Architektinnen und Architekten haben eine zentrale Rolle, welche aber teils noch Weiterbildungen in diesem Bereich nötig hätten. Die SP wird das Postulat einstimmig annehmen.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, führt aus, dass Massnahmen, die zur Reduktion von CO₂ führen, grundsätzlich zu begrüßen sind. Die andere Frage ist, wo und wie man dies macht. Das im Vorstoss beantragte Modell ist vor allem für private Gebäudeeigentümer interessant. Es braucht auch Anstrengungen, die Gebäude der Stadt auf einen guten Standard zu bringen. Die Fraktion glp/BDP wird das Postulat annehmen.

Hanspeter Aellig (FDP), erläutert, dass die FDP die Beschleunigung der Sanierungen unterstützt. Sanierungen sollen mittels Anreize und nicht mittels Auflagen angestrengt werden. Das Postulat ist ausreichend geprüft. Somit wird die FDP das Postulat annehmen mit gleichzeitiger Abschreibung.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, bemerkt, dass nie gedacht war, dass Thun dies neu erfindet, sondern dass Thun sich bei einem kantonalen oder nationalen Modell anschliesst. Es geht nicht um flüssige Finanzmittel, sondern um Garantieleistungen. Er plädiert für eine Annahme ohne Abschreiben, um reagieren zu können, wenn es so weit ist. Er nimmt an, dass dies in den nächsten 12 Monaten so weit sein wird.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt und mit 27 zu 12 Stimmen nicht abgeschrieben.

18. Interpellation I 13/2019 betreffend Stand Bauminventar und rechtlicher Schutz von Bäumen

Fraktion Grüne/JG vom 6. Juni 2019; Beantwortung

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, ist von der Beantwortung nicht befriedigt und beantragt die Diskussion. Es braucht dazu keine Begründung.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, erläutert, dass das Thema Bäume besonders sensibel ist. Informationen über das Bauminventar der Stadt Thun sind schwer zugänglich. Bei der Neubeurteilung zwischen 2000 und 2016 hat man die Beurteilung der Schutzkriterien nicht grundlegend neu betrachtet. Auch die Zwischenergebnisse weisen darauf hin, dass die Zahl der geschützten Bäume rückläufig war. Die Anzahl an schützenswerten Bäumen hat aber zugenommen. Bei den Einzelbäumen hatte man Verluste zu verzeichnen. Fraglich ist, ob man überhaupt neue Einzelbäume in den Schutz aufgenommen hat, welche im Jahr 2000 vielleicht noch klein waren. Bei Überbauungen hat man Pflanzungen gemacht mit Baureihen, weshalb man in diesem Bereich zu dieser höheren Zahl kam. Dies ist grundsätzlich erfreulich. Bei den Schutzkriterien gibt es neu geschützte und schützenswerte Bäume. Die Verwaltung entscheidet weiterhin abschliessend, welche Bäume gefällt werden oder nicht. Darin sieht er die grössten Probleme. Dort wird der Nerv der Zeit nicht getroffen. Ein justizielles Verfahren soll wie in anderen Gemeinden eingeführt werden. So könnten sich auch Betroffene, Nachbarn, Vereine und Verbände einbringen, um mehr Schutz zu schaffen. Ob eine Grünflächenziffer dem Grün der Stadt zu mehr Bedeutung verhilft, scheint fraglich. Die Ausnützungsziffer wird aufgehoben. Dies ist aber nicht gleichzusetzen mit einem Gewinn von Grünraum. Thun wird langfristig viele kostbare Gärten mit Baumbeständen verlieren. Dass im Reglementsentswurf auf die Erhaltung der Bäume gesetzt werden soll, reicht nicht aus. Sogar das WEF in Davos hat erkannt, dass es eine Milliarde Bäume mehr braucht. Es braucht einen Zuwachs von Bäumen. Man braucht ein überprüfbares Verfahren, das zu mehr Rechtssicherheit führt.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass es ein Zeichen der Zeit ist, besser zu den Bäumen zu schauen. Schon für unsere Vorfahren hatten Bäume eine sehr hohe Bedeutung. Man müsste wieder in diese Richtung gehen. Die Stadt Thun hat in den letzten Jahrzehnten viele Bäume verloren, aber es gibt immer noch viele wichtige Bäume. Einzelne bedeutende Bäume müssen besser geschützt werden, was mit juristischen Instrumenten gesichert werden muss.

19. Interpellation I 14/2019 betreffend Entwicklungsschwerpunkt ESP Bahnhof Thun

Fraktion SP vom 27. Juni 2019; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, ist von der Beantwortung befriedigt und wünscht keine Diskussion.

20. Motion M 5/2019 betreffend Klimaschutz-Masterplan Stadt Thun

Fraktion Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron empfiehlt, den Vorstoss nicht als Motion, sondern als Postulat anzunehmen. Die Form wäre nicht stimmig. Der Gemeinderat hat einen Kredit gesprochen, um eine Klimastrategie zu erarbeiten. Wichtig ist, dass die Stadt Thun aufzeigt, wie das Ziel Klimaneutralität bis 2050 erreicht werden soll. Daran wird sich auch der Bund beteiligen mit 45'000 Franken, weil die Stadt Thun anstrebt, Energiestadt Gold zu werden. Als Ergebnis wird ein realistischer Absenkpfad ermittelt, um das Ziel zu erreichen. Wichtig ist, dass die ökonomischen und sozialen Kriterien berücksichtigt werden.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, begrüsst, dass sich die im Vorstoss genannte Zielsetzung und die Hilfsmittel dazu grösstenteils mit der Energie- und Klimastrategie decken. Es ist wichtig und richtig, dass vorwärts gearbeitet wird. Das bewilligte Fördergesuch erfreut, weil die Stadt Thun dies finanziell nicht allein stemmen muss. Aber auch, weil die Verbindlichkeit hergestellt wird, weil man durch das Fördergeld verpflichtet ist, entsprechende Resultate vorzuweisen. Es ist begrüßenswert, dass eine Absenkung mit Zwischenzielen erarbeitet werden soll. Es ist ein langer Weg, auf dem das Tempo unterwegs überprüft und allenfalls angepasst werden muss. Es ist wichtig, dass die Ausarbeitung der Strategie qualitativ gut sein muss. Die Strategie soll aber wenn möglich früher als erst bis im Jahr 2021 erarbeitet werden. Positiv ist, dass bei der Ausarbeitung geprüft wird, ob Arbeiten in den Energierichtplan einfließen können. Abhängigkeiten und Schnittstellen sollen überprüft werden. Die Fraktion ist für eine Annahme als Postulat und wandeln den Vorstoss in ein solches um.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, sagt, dass es eine rechtliche Verbindlichkeit gibt, welche der Fraktion entgegenkommt. Das Label Energiestadt Gold ist Voraussetzung für die Auszahlung der Fördergelder. Es interessiert sie, wann dieses Label vorliegen soll. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt die Umwandlung in ein Postulat. Die Fraktion findet es einleuchtend, dass die Städte wichtige Partner für die Umsetzung der Strategie 2050 spielen. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie ist sehr wertvoll. In Umsetzung der bereits im Mai 2019 vom Gemeinderat initiierte Erarbeitung eines Energie- und Klimaleitbildes und der dazugehörigen Strategie hat das Bundesamt nach Einreichung des Gesuchs 45'000 Franken für die Grundlagenarbeit bewilligt. Für die Ausarbeitung einer Klima- und Energiestrategie hat der Gemeinderat einen Verpflichtungskredit von 130'000 Franken gesprochen. Die Kräfte zu bündeln scheint mehr als sinnvoll. Die Fraktion nimmt den Vorstoss als Postulat an.

Serge Lanz, **SVP-Fraktion**, führt aus, dass sie die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat unterstützen. Ende Mai 2019 ist im Rahmen des Massnahmeprogramms Energiestadt die Erarbeitung einer Klima- und Energiestrategie als Schwerpunktmassnahme beschlossen worden. Die im Vorstoss erwähnten klimapolitischen Ziele und Instrumente sind Bestandteile davon. Es handelt sich um einen weiten Weg. Es braucht keine weiteren Vorstösse. Diese beschäftigt die Verwaltung, den Gemeinderat und den Stadtrat ohne direkten Nutzen. Der Stadtrat soll den Involvierten etwas Zeit und Vertrauen schenken. Es bestehen bereits jetzt nachhaltige und gut funktionierende politische oder arbeitstechnische Strukturen. Man läuft sonst Gefahr, dass man in Thun nicht nur einen Klimanotstand, sondern einen Politnotstand hat. Wichtig ist die Verbindlichkeit der Inhalte dieser Arbeitsdokumente. Die Zielsetzung des Vorstosses wird unterstützt.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) teilt mit, dass die FDP die Meinung der SVP teilt. In den Medien kann man lesen, was die Stadt bereits jetzt alles macht. Es ist mühsam, wenn dauernd neue Vorstösse kommen, welche in diesen Prozess einfließen. Die Verwaltung macht eine gute Arbeit und man soll sie nun diese Arbeit machen lassen. Die FDP unterstützt die Umwandlung und nimmt das Postulat an.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die SVP und die FDP zuhause bleiben sollen, wenn sie die Wichtigkeit des Themas Klima nicht sehen. Es ist umso erfreulicher, wenn ein Vorstoss diskutiert wird und gleichentags eine Medienmitteilung der Stadt erfolgt, indem ersichtlich ist, dass der Vorstoss bereits umgesetzt wird. Die SP-Fraktion stimmt dem Vorstoss zu.

Peter Aegerter (SVP) findet das Eingangsvotum von Stadtrat Schori nicht fair und wäre froh, wenn er dies zurückziehen würde.

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt den zuständigen Mitarbeitenden für die gute Arbeit. Sie sind sicher auch froh, wenn sie inhaltlich weiterarbeiten können. Der Bund spricht mehr Geld, wenn sich eine Stadt dazu bekennt, dass sie Energiestadt Gold werden will. Sonst wäre die finanzielle Unterstützung bei 15'000 Franken statt bei 45'000 Franken. Die Stadt Thun hat sich dazu bekennt, dass sie Energiestadt Gold werden will. Bei der letzten Rezertifizierung hat Thun 66 Punkte erreicht. Für das Label Energiestadt Gold werden 75 Punkte benötigt. Dies kann nicht in einer Legislaturperiode erreicht werden. Es ist nicht ein unrealistisches, aber ein sehr ambitioniertes Ziel. Es sollte aber machbar sein.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass vom Gemeinderat der Auftrag gekommen ist, dass sich der Stadtrat konstruktiv einbringen soll. Im Sinne einer Priorisierung sind einige Ideen als Vorstösse eingereicht worden. Als man die Vorstösse eingereicht hat, war noch nicht bekannt, was alles umgesetzt werden wird bis zur Behandlung im Stadtrat.

Stadtratsbeschluss

Die Motion wurde durch die Urheberschaft in ein Postulat umgewandelt. Das Postulat wird einstimmig als erheblich erklärt.

Franz Schori (SP) gibt eine persönliche Erklärung ab. In Thun gibt es eine gute politische Kultur, die ihm wichtig ist und die so weiterbestehen soll. Ab und zu gehen aber Provokationen zu weit, wie seine Vorherige. Im Sinne der Fortsetzung der guten politischen Kultur entschuldigt er sich für seine übermässige Provokation. (spontaner Applaus aus den Reihen von SVP und FDP)

21. Motion M 6/2019 betreffend freie Fahrt auf dem Stadtnetz der STI für alle Thuner Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Katharina Ali-Oesch (SP), **Margrit Schwander** (SP) und **Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung**

Katharina Ali-Oesch (SP) sagt, dass mit der vorliegenden Motion ein konstruktiver und konkreter Vorschlag zum Klimaschutz gemacht wird. Die Gewöhnung an den öffentlichen Verkehr muss möglichst früh im Kindesalter geschehen, damit sie selbstverständlich wird und eine nachhaltige Wirkung erzielen kann. Zu Fuss oder mit dem Velo ist man am umweltfreundlichsten unterwegs. Es braucht sichere Langsamverkehrsverbindungen. Die eingereichte Motion würde aber sehr hohe Kosten verursachen, welche in keinem Verhältnis stehen und die Motion wird deshalb zurückgezogen.

22. Postulat P 24/2019 betreffend jährlichem finanziellen Beitrag an die Projekte Förderverein Thun-Gabrovo

Fraktion SP, Reto Vannini (BDP) und **Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung**

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, stellt den Antrag auf annehmen aber nicht abschreiben. Es steht in der Interpellation 16/2019, dass im Jahr 2019 Gelder gesprochen worden sind für Togo und eine 20 %-Stelle für die Städtepartnerschaft Gabrovo. Im Jahr 2020 ist diese Geldsumme von 36'200 Franken nicht mehr

vorhanden. Es ist unklar, was in diesem Jahr mit diesem Geld geschieht. Dieses Geld soll in das Partnerschaftsprojekt oder in die humanitäre Hilfe fliessen. Es soll aufgezeigt werden, was mit dem Förderverein Gabrovo geschehen ist. Bis jetzt ist kein Projekt eingereicht worden, weil auf das Resultat hier gewartet worden ist. Projekte müssen nun aus der eigenen Tasche vorfinanziert werden. Der Gemeinderat soll wohlwollend und unkompliziert reagieren, gerade im Hinblick auf Reisen, die es braucht, um ein Projekt auf die Beine zu bringen. Vorgelegte Projekte sollen wie früher gehandhabt werden. Die Städtepartnerschaft besteht seit 20 Jahren und nebenbei ist auch noch der Förderverein entstanden. Der Gemeinderat soll die ehrenamtliche Arbeit schätzen und Sorge dazu tragen.

Reto Vannini, **Fraktion glp/BDP**, sagt, dass die Fraktion respektiert, dass der Gemeinderat von Zeit zu Zeit Beurteilungen vornimmt. Die Auflösung der Städtepartnerschaft ist erfolgt, auch wenn die Fraktion dies bedauert. Da Gabrovo seit 2007 im Gebiet der EU liegt, wird keine Hilfe im Bereich der Sozialhilfe mehr benötigt. Es war ein stetiger Wissenstransfer im Bereich Stadt und anderen kleinen Projekten in dieser Städtepartnerschaft. Dies waren auch kleinere Projekt, beispielsweise die Unterstützung von behinderten Kindern, bei denen es für Gabrovo sehr schwierig ist, Fördergelder von der EU zu erhalten. Es gibt zwei Fördervereine, welche diese Projekte kontrollieren. Auch private Thunerinnen und Thuner engagieren sich. Es soll keinen Projekten der Stecker gezogen werden. Der Gemeinderat hat diese Gelder erfreulicherweise indirekt zugesichert. Schade ist, dass sich nicht mehr jüngere Leute ehrenamtlich im Förderverein betätigen. Die Stadt braucht einen loyalen Ansprechpartner, welcher vernünftige Projekte vorstellen kann. Der Austausch mit diesem Verein sollte möglichst unkompliziert und unbürokratisch sein. Die Fraktion freut sich, dass es mit dem Projekt Gabrovo in diesem Sinne weitergehen könnte. Sie unterstützen den Antrag auf Annahme, möchten ihn aber im Moment nicht abschreiben.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) ist Gabrovo-Fan. Grossmehrheitlich ist die FDP dies nicht. Sie ist selbst im Förderverein und engagiert sich an verschiedenen Orten ehrenamtlich. Die Partnerschaft ist bedauerlicherweise aufgelöst worden. Seit Gabrovo in der EU ist, sind nicht mehr die gleichen Förderungen nötig. Das geflossene Geld ist in Gabrovo gut eingesetzt worden. Das Postulat wird aber von der FDP grossmehrheitlich abgelehnt.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, dass die Auslegeordnung des Gemeinderates sinnvoll und zielführend ist. Auch in Zukunft bestehen Möglichkeiten, das Projekt zu fördern. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und ist für die Annahme und Abschreibung.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die SVP-Fraktion einstimmig für Annahme und die gleichzeitige Abschreibung ist.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, erläutert, dass die Fraktion Verständnis für die Voten hat, welche für nicht abschreiben plädieren.

Stadtpräsident Raphael Lanz hat angedacht, dass unkompliziert vorgegangen werden soll. Gewisse Minimalanforderungen müssen aber gegeben sein, da es sich um Steuergelder handelt. Die Forderung des Vorstosses ist weitestgehend erfüllt, da der Stadtrat selber die 30'000 Franken im Budget eingetragen hat. Der Antrag auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung ist folgerichtig. Er hat Respekt für alle, die sich ehrenamtlich betätigen. Die Weiterführung der geknüpften Beziehungen wäre wünschenswert. In der Prüfung hat der Gemeinderat ermittelt, dass die Voraussetzungen für die formelle Weiterführung nicht mehr gegeben sind. Es war aber eine Erfolgsgeschichte.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, ist interessiert, ob die 36'200 Franken, welche 2019 noch zu Togo und Gabrovo geflossen sind, zu der Partnerschaftshilfe oder der humanitären Hilfe fliessen.

Gemeinderat Raphael Lanz führt aus, dass der Stadtrat das Budget beschliesst. 30'000 Franken sind bei der Partnerschaftshilfe weiterhin eingesetzt. Die Kosten für die nicht mehr benötigte Stelle fallen aber nicht mehr an.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 37 zu 2 Stimmen als erheblich erklärt und mit 21 zu 18 Stimmen nicht abgeschrieben.

23. Postulat P 27/2019 betreffend Verkehrsführung obere Hauptgasse / Sinnebrücke / Freienhofgasse

Alain Kleiner (SVP), Fraktion SVP und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019; Beantwortung

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, hofft, dass Thun dereinst eine Lösung erhält, dass der Verkehr nicht mehr durch dieses Nadelöhr fließen muss. Erfreulich ist, dass der Kanton den Forumsprozess zur Gesamtverkehrsstudie wieder aufnehmen will. Er hat das Vertrauen, dass der Gemeinderat am Ball bleibt. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates mit Annahme und gleichzeitiger Abschreibung.

Margrit Schwander, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass dieser Vorstoss zeigt, dass sich der Stadtrat den Sorgen der Bevölkerung annimmt. Verkehr ist ein sensibles und emotionales Thema. Bevor eine neue Verkehrsführung ausgearbeitet werden kann, müssen alle flankierenden Massnahmen umgesetzt werden, um die Wirkung der Massnahme überhaupt prüfen zu können. Alternative Routenführungen müssen übergeordnet eingebracht werden. Deshalb wird der breit abgestützte Forumsprozess einberufen. Die Teilnehmenden werden zu ihrer Wahrnehmung und Einschätzung befragt, aber auch konfrontiert mit den laufenden Messungen. Diesem Prozess muss jetzt eine Chance gegeben werden. Die Sanierung der Sinnebrücke wird unabhängig von der Projektierung ab 2021 in Angriff genommen. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt mit, dass die Verkehrsführung Obere Hauptgasse/Sinnebrücke in aller Munde ist und rege diskutiert wird. Es laufen Verkehrsmessungen, mit welchen das Regime überprüft wird. Es wird geprüft, ob die Ziele, die man im Agglomerationsprogramm bestimmt hat, erreicht werden. Aktuell ist der Verkehrsfluss besser als erwartet. In einer Stadt hat man keine Verkehrsachse, die auf einen Spitzenverkehr ausgerichtet ist und diese wird es auch nie sein. Auch vor der Sanierung hat es Stau gegeben. Insofern ist die heutige Situation besser. Der eingeschlagene Prozess mit dem Verkehrsgeschehen in der Innenstadt mit dem Forum, das angedacht ist, ist der richtige Weg, welcher eingeschlagen werden soll. Die Fraktion wird dem Postulat und auch der Abschreibung zustimmen.

Markus van Wijk (FDP) führt aus, dass die FDP die Meinung teilt, dass die Sanierung der Sinnebrücke unabhängig von der übergeordneten Verkehrsführung an die Hand genommen werden muss. Bei dieser Renovation sollen neue Methoden angewendet werden, damit die Bauzeit möglichst kurz ist. Mit der eigentlichen Beantwortung der Frage, ob es eine Alternative für die heutige Verkehrsführung gäbe, ist die FDP nicht zufrieden. Es liegt ein ungelöstes Problem vor. Das Projekt ist vor 15 Jahren beschlossen worden. Es ist wichtig, dass aktuelle Geschehnisse und Zahlen in die Überprüfung miteinfließen. Für die Aarequerung Süd ist keine detaillierte Ausarbeitung vorgenommen worden. Die FDP glaubt, dass es jetzt an der Zeit ist, etwas für alle Verkehrsteilnehmer zu ändern. Weiter abzuwarten scheint nicht sinnvoll. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, findet, dass an den Messungen festgehalten werden soll, damit Fakten zur aktuellen Situation geschaffen werden können, welche als Grundlage für eine Diskussion wichtig sind. Die eingeleiteten Massnahmen müssen zuerst zu Erträgen führen. Es ist möglich, dass Menschen ihr Verkehrsverhalten erst noch anpassen. Zu einem früheren Zeitpunkt waren sich die Beteiligten einig, dass die beschlossenen Massnahmen zuerst zu vollenden sind. Langsamverkehrsmassnahmen sind noch

ausstehend. Jetzt bereits eine Anpassung zu machen, ist nicht sinnvoll. Wenn in einem Versuch die Einbahnstrasse aufgehoben werden würde, wäre dies ohne die Fakten eine Verlagerung des Problems und nicht zielführend. Die eingeleiteten Messungen und der Forumsprozess werden hoffentlich Klärung bringen. Das Ziel, den Verkehr in der Innenstadt um 40 % zu reduzieren, ist erfreulicherweise erreicht. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, erläutert, dass mit dem Bypass Thun Nord ein grosses Verkehrsvorhaben gebaut worden ist, welches nun optimal zu nutzen ist. Dabei ist es wichtig, zuerst alle flankierenden Massnahmen umzusetzen. Eine umfassende Wirkungsanalyse muss gemacht werden. Es ist sinnvoll, dass der Hauptverkehr nicht durch die Innenstadt geführt wird. Zusätzliche Schritte können allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden. Nicht vergessen werden darf, dass die Sanierung der Sinnebrücke und wohl auch der Bahnhofbrücke erfolgen muss. Die Fraktion glp/BDP wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, findet es nachvollziehbar, dass bei einem Konzept, welches vor Jahrzehnten entwickelt worden ist, die aktuellen Entwicklungen nicht einbezogen werden konnten. Einige Massnahmen der Massnahmepakete eins und zwei sind bis heute nicht umgesetzt worden. Wenn die geplanten Massnahmen nicht umgesetzt werden, kann ein Ziel gar nie erreicht werden. Deshalb haben wir Stau. Die Nichtumsetzung hat auch Auswirkungen auf die Massnahmepakete drei und vier. Vom Kanton und vom Bund hat man dafür Gelder erhalten. Die Massnahmen sind aber nicht umgesetzt worden. Man wird so als Vertragspartner gar nicht erst genommen. Mit dem Verpflichtungskredit für die Fuss- und Veloverkehrsverbindung Bahnhof-Selve-Schwäbis hat man heute einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Bevor über weitere Schritte gesprochen werden kann, müssen die geplanten Massnahmen umgesetzt werden. Dem Gesamtverkehrskonzept fehlt es aktuell an einer Vision. Bevor man diese Visionen dann umsetzen kann, müssen die Konzepte der Massnahmepakete eins und zwei umgesetzt werden.

Alain Kleiner (SVP) weist Stadtrat van Wijk darauf hin, dass über das Postulat und nicht über die Antwort des Gemeinderates abgestimmt wird.

Stadtratsbeschluss

Das Postulat wird mit 38 zu 0 Stimmen bei einer Erhaltung als erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben.

24. Interpellation I 15/2019 betreffend Fördermodell gemeinnütziger, genossenschaftlicher Wohnungen

Fraktion EVP+EDU+CVP vom 22. August 2019; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist von der Beantwortung befriedigt und er wünscht keine Diskussion.

25. Interpellation I 16/2019 betreffend Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Thun

Fraktion SP, Reto Vannini (BDP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2019

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, ist mit von der Beantwortung teilweise befriedigt. Sie verzichtet aber auf eine Diskussion, weil die offenen Fragen bereits beim vorhin behandelten Vorstoss zu Gabrovo zur Sprache gekommen sind.

26. Interpellation I 19/2019 betreffend finanzielle Implikationen rund um das Siegenthalergut

EVP+EDU+CVP vom 19. September 2019; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist von der Beantwortung befriedigt und er wünscht keine Diskussion.

27. Interpellation I 17/2019 betreffend flexibilisierte Schulraumplanung in der Stadt Thun

Reto Vannini, Daniela Huber Notter, Simon Werren (alle BDP) und Mitunterzeichnende vom 19. September 2019; Beantwortung

Reto Vannini (BDP) ist von der Beantwortung befriedigt und er wünscht keine Diskussion.

28. Interpellation I 18/2019 betreffend Leihvelos von Velospots in der Stadt Thun

Alain Kleiner (SVP), SVP Fraktion und Mitunterzeichnende vom 19. September 2019; Beantwortung

Alain Kleiner, **SVP-Fraktion**, ist von der Beantwortung zufrieden und verlangt keine Diskussion.

Eingänge

- Motion M 1/2020 betreffend Spez.-Sek. – Streichen des Artikels 8 im Bildungsreglement (BiR); Jonas Baumann-Fuchs (EVP), Katharina Ali-Oesch (SP), Marc Barben (Grüne) vom 6. Februar 2020
- Postulat P 1/2020 betreffend: Partizipativere Erarbeitung der Legislaturziele, Fraktion EVP+EDU+CVP, Fraktion glp/BDP, SVP-Fraktion, Hans-Peter Aellig (FDP) und Markus van Wijk (FDP) vom 6. Februar 2020

Verschiebungen

- Postulat P 29/2019 betreffend ab 17.00 Uhr in die Thuner Badis zum Feierabend-Tarif
- Postulat P 18/2019 betreffend Zulassung Glacevelos in öffentlichen Parkanlagen
- Postulat P 28/2019 betreffend nachhaltige Ernährung
- Postulat P 19/2019 betreffend Ausstieg fossile Wärme
- Postulat P 23/2019 betreffend Partizipations-Gefäss pro Klima

Die Stadtratspräsidentin


Daniela Huber Notter

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder